



**LANDKREIS  
ERDING**

## **PROTOKOLL**

---

**öffentlich**

### **17. Sitzung vom Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt am 20.09.2017**

**Büro des Landrats  
BL**

Alois-Schießl-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Angelika Wackler

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1144  
Fax 08122/58-1109  
angelika.wackler@lra-  
ed.de

Erding, 06.11.2017

Az.:  
2014-2020/StruVU/017

#### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Bauernfeind, Petra

Forster, Rainer

Geiger, Florian

Gruber, Michael

Hofstetter, Franz Josef

Kirmair, Ludwig

Peis, Johann

Ranft, Manfred

Vertretung für Hans Schreiner

Schmidt, Horst

Schwimmer, Jakob

#### **sowie als Vorsitzende:**

Bayerstorfer, Martin, Landrat

TOP 1 bis TOP 4.4

Schwimmer, Jakob, Stellv. Landrat

TOP 4.4 bis TOP 9

#### **von der Verwaltung:**

Alzner, Claudia

Abfallwirtschaft, TOP 1 + 2

Fiebrandt-Kirmeyer, Claudia

Pressesprecherin

Fuchs-Weber, Karin

Büro Landrat, TOP 4.5

Gutt, Georg

ÖPNV/Regionalbusverkehr, TOP 3 - 9

Huber, Matthias

Liegenschaftsmanagement, TOP 4.4

Klostermann, Christine	Umwelt und Natur, TOP 4
Mittermüller, Ludwig	ÖPNV/Regionalbusverkehr, TOP 3 bis 9
Neumaier, Andreas	Abfallwirtschaft, TOP 1 + 2
Wackler, Angelika	Protokoll



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Ferner nimmt teil:**

Herr Dr. Braun, Straßenbauamt Freising, TOP 4.4

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

### **Tagesordnung**

#### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Änderung der Zweckvereinbarung über die Entsorgung von Abfällen aus dem Flughafen München - Vorlage: 2017/2247
2. Gebührenkalkulation für die Jahre 2018 bis 2021  
Vorlage: 2017/2235
3. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes  
Vorlage: 2017/2260
4. Bekanntgaben und Anfragen
  - 4.1. Verwaltung - Zu Anfrage von KR Schmidt im Strukturausschuss vom 10.07.2017 bezgl. Öffnungszeiten Bauernmarkt
  - 4.2. Verwaltung - Jahresfahrplan 2018 Teil 2
  - 4.3. Verwaltung - Zu Anfrage KR Geiger Grundsatzbeschluss für Fahrten mit weniger als 6 Fahrgästen
  - 4.4. Stellungnahme des Staatlichen Bauamts Freising sowie der Unteren Naturschutzbehörde Erding zu den erfolgten und bevorstehenden Maßnahmen am Naturdenkmal Lindenallee zwischen Wartenberg und Kirchberg
  - 4.5. Anfrage KR Schmidt - Landschaftsschutzgebiet Sempt Schwillach, Protokoll letzter Strukturausschuss und Ratsinformationssystem



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## 1. **Änderung der Zweckvereinbarung über die Entsorgung von Abfällen aus dem Flughafen München - Vorlage: 2017/2247**

**Der Vorsitzende** begrüßt Frau Alzner und Herrn Neumaier aus dem Fachbereich Abfallwirtschaft und bittet um Erläuterungen zum Thema.

**Frau Alzner** erläutert anhand des Vorlageberichtes die Grundlagen und die geplanten Änderungen in der *Zweckvereinbarung über die Entsorgung von Abfällen aus dem Flughafen München*. Diese Zweckvereinbarung habe man im Jahre 2004 mit dem Landkreis Freising geschlossen.

Sie fügt hinzu, dass der Strukturausschuss dies vorberatend behandle und die geänderte Zweckvereinbarung auch noch dem Kreistag vorgelegt werden wird. Zudem behandle der Landkreis Freising dies in seinen Gremien und die Regierung von OBB erhalte ebenfalls die Vereinbarung zur Genehmigung.

**Der Vorsitzende** verliest den folgenden Beschlussvorschlag:

### **StrVU/0099-20**

Die Änderung der Zweckvereinbarung über die Entsorgung von Abfällen aus dem Flughafen München wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Kreistag wird gebeten, die Änderung der Zweckvereinbarung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 0 Stimmen**

## 2. **Gebührenkalkulation für die Jahre 2018 bis 2021** **Vorlage: 2017/2235**

**Der Vorsitzende** möchte vorweg anmerken, dass der Landkreis Erding über ein hervorragendes Abfallwirtschaftssystem verfüge und die Landkreisbürger ihre Abfälle vorbildlich trennen würden. Trotz der zusätzlichen Angebote die man über die letzten 25 Jahre schaffen konnte, habe man es nun zum zweiten Mal geschafft, dass die Gebühren gesenkt werden können. Er fügt hinzu, dass die Hausmüllgebühren um Ø ca. 6,4 % und bei den Selbstanliefernden um 1,46 % gesenkt werden können. Er bittet Frau Alzner (*Abfallwirtschaft*) um Erläuterung der Kalkulationsgrundlagen.

**Frau Alzner** erläutert ausführlich, anhand des Vorlageberichtes und der beigefügten Anlagen, den Ablauf und die Grundlagen der Kalkulation.

**Kreisrat Schmidt** findet es prinzipiell sehr erfreulich, dass aufgrund des Müllverhaltens der Bürger und einer effizienten Verwaltung die Müllgebühren gesenkt werden können. Er regt an, bei der nächsten Kalkulation über zusätzliche Möglichkeiten nachzudenken, wie man Bürger belohnen könnte, wenn diese Müll einsparen bzw. vermeiden würden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Dann fragt er noch, weshalb der Preis (3.- €) der Müllsäcke gleich geblieben sei.

**Frau Alzner** berichtet, dass für die Müllsäcke zum Preis von 3.- € ein Beschluss des Strukturausschusses vorliege, in dem gerade Preissummen empfohlen wurden, da diese Gebühren von den Gemeinden kassiert werden. Zudem sei dies auch ein günstiger Preis.

**Kreisrat Schwimmer** findet den Betrag von 3.- € für die Hausmüllsäcke für einen vier Personen Haushalt positiv. Er zeigt sich auch erfreut darüber, dass im Landkreis so gut der Müll getrennt werde.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass man nicht nur die Kosten der Restmüllentsorgung vergleichen dürfe, da im Landkreis Erding ein Komplettangebot mit Papiertonne, Biotonne, Sperrmüllabholung, Häckseldienst und den ganzen Recyclinghöfen vorliege.

Er nennt noch folgende Daten zur Information:

Jahr 1992	rd. 95.000 Einwohner Lkr. ED	60.000 Tonnen Restmüll,
Jahr 2016	rd. 135.000 Einwohner	20.000 Tonnen Restmüll.

**Kreisrat Peis** findet, dass man dieses gut funktionierende System beibehalten sollte. Es habe sich bewährt, die Bürger/Bürgerinnen wurden sensibilisiert und hätten sich dieses System inzwischen eingeprägt.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

### **StrVU/0100-20**

Die Gebührenkalkulation für die Jahre 2018 bis 2021 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Dem Kreistag wird empfohlen, die beiliegende Neufassung der Gebührensatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

### **3. Fortschreibung des Nahverkehrsplanes** **Vorlage: 2017/2260**

**Der Vorsitzende** berichtet, dass zum Thema Fortschreibung Nahverkehrsplan auch noch ein Antrag der CSU-Kreistagsfraktion vorliegt. In diesem werde beantragt, die Aktualität und Effektivität der bestehenden Verbindungen zu prüfen und auch alternative Antriebsmöglichkeiten und die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit im Rahmen der bestehenden finanziellen Möglichkeiten.

Er begrüßt aus der Verwaltung Herrn Gutt und Herrn Mittermüller und bittet um allgemeine Erläuterungen zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Herr Gutt** verweist auf den Vorlagebericht und erläutert die darin aufgeführten Begründungen zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes, wie z. B. das bisher fehlende Kapitel zur Barrierefreiheit und ein Einbinden des Konzeptes für den südlichen Landkreis.

**Kreisrätin Bauernfeind** berichtet, dass mehrfach Anfragen von Eltern aus Eichenried/Moosinning eingegangen seien, zum Thema Schülerbeförderung Korbinian-Aigner Gymnasium. Sie fragt, ob im Rahmen der Fortschreibung auch der Bedarf an den Schulen abgefragt werde. Zudem regt sie Überlegungen an, dass man noch mehr Busse über das KAG fahren lassen könnte, damit die Schüler pünktlich im Unterricht ankommen und die Eltern die Fahrdienste einstellen können.

**Herr Gutt** antwortet, dass bei diesem Prozess eine Vielzahl an Beteiligten mit einbezogen werde, wie z. B. Schulen, Behindertenvertreter, die Politik und Busunternehmen.

Dann berichtet er noch von einem Gespräch mit Eltern, bei dem sich herausgestellt habe, dass das Kind einen Umweg genommen habe und deshalb den Bus nicht mehr erreichen konnte. Von anderen Problemen mit der Verbindung zum KAG seien ihm weder von Eltern noch von der Schule berichtet worden.

**Der Vorsitzende** regt an, die Schulleitung mit einzubeziehen und dies prüfen zu lassen.

**Kreisrat Peis** merkt an, dass die Barrierefreiheit nicht alleine durch den Landkreis umgesetzt werden könnte, für diese Umsetzung sei ein gemeinsames Netzwerk zu anderen Gemeinden und Landkreisen nötig. Zum Antrag der CSU Fraktion erklärt er, dass die Überprüfung der Aktualität und Effektivität der bestehenden Verbindungen eine wichtige und sinnvolle Grundlage für zukünftige Entscheidung sein kann.

**Kreisrat Schmidt** verweist auf die, bereits mehrfach angesprochene und behandelte, Lesbarkeit der Informationen an den Haltestellen im Bereich Barrierefreiheit. Er findet, dass die Lesbarkeit inzwischen etwas besser geworden sei. Er regt an, dass gerade wenn man den Plan nun fortschreibe, Bedingungen/Anregungen formuliert werden sollten, die diese Situation verbessern könnte. Zur Fortschreibung gehöre für ihn auch Überlegungen zu Bereichen wie der Ausstattung der Busse, alternativen Antriebsformen oder der Einführung eines Diskobusses als Ergänzung zu Sammeltaxi. Er regt auch an, Informationen von Arbeitskreisen und der Jugend- und Seniorenreferenten mit einfließen zu lassen.

**Kreisrat Hofstetter** wirft ein, dass man sich nicht über das „ob“ unterhalten sollte, sondern „wie“ man die Barrierefreiheit erreichen könnte und dieses auch in der Fortschreibung mit definiert werden sollte.

**Kreisrat Schwimmer** schließt sich KR Hofstetter an. Er fügt hinzu, dass er davon ausgehe, dass man über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz Förderung erhalten könnte. Er findet, dass im Nahverkehrsplan konkret festgehalten werden sollte, dass, man sukzessiv, für eine geplante Anzahl pro Jahr, die Haltestellen im Landkreis Erding barrierefrei umge-

stalten werde. Zudem sollte man mit den Gemeinden sprechen und diese in das Programm mit einbinden.

**Kreisrat Schmidt** regt an, die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsarten mit aufzunehmen, z. B. Bus, S-Bahn, Bahn, Verkehrsmittel die Räder mitnehmen können.

**Der Vorsitzende** stellt Herrn Gutt die Frage, ob die im CSU Antrag aufgeführten Aspekte alle schon automatisch mit untersucht werden.

**Herr Gutt** erklärt, dass der Aspekt Umweltschutz mit untersucht werde. Zu den anderen Bereichen müsse er dies erst prüfen.

**Der Vorsitzende** schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu ergänzen und um zusätzliche Aussagen zu bitten, zu den Aspekten Aktualität und Effektivität bestehender Verbindungen, alternative Antriebskonzepte und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Er merkt an, dass für ihn auch die effektive Gestaltung bzw. Verknüpfung von Rad-Bus-Bahn zu dem Aspekt Effektivität bestehender Verbindungen gehöre. Er bittet das Gremium um Zustimmung und/oder weitere Vorschläge.

Da das Gremium seine Zustimmung signalisierte, formuliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

#### **StrVU/0101-20**

Die Verwaltung wird beauftragt, den Nahverkehrsplan fortzuschreiben. Die Fortschreibung erfolgt mit Unterstützung von MVV Consult.

Wie dargestellt sind zusätzliche Aussagen zu treffen zu den Themen:

- Aktualität und Effektivität bestehender Verbindungen,
- alternative Antriebskonzepte und
- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 0 Stimmen**

## **4. Bekanntgaben und Anfragen**

### **4.1. Verwaltung - Zu Anfrage von KR Schmidt im Strukturausschuss vom 10.07.2017 bezgl. Öffnungszeiten Bauernmarkt**

**Der Vorsitzende** kommt auf die Anfrage von KR Schmidt im letzten Strukturausschuss zurück, in dem dieser wegen den Öffnungszeiten der Marktbeschicker angefragt hatte.

Er berichtet, dass die strikte Einhaltung der Öffnungszeit ab 13 Uhr, für die Marktbeschicker, die ein Mittagessen anbieten, zu Umsatzeinbußen führen würde. Die Marktbeschicker hätten sich deshalb nun untereinander auf neue Öffnungszeiten geeinigt. Die Verwaltung unterstütze die Änderung der Öffnungszeiten auf 12 Uhr bis 16.30 Uhr. Er merkt an, dass die geplante Änderung der Öffnungszeiten zu einer Änderung der Marktsatzung führe, über die in einem späteren Ausschuss beraten werden soll.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

#### **4.2. Verwaltung - Jahresfahrplan 2018 Teil 2**

**Der Vorsitzende** berichtet, dass nach der Sitzung vom 10.07.2017 des Strukturausschusses, ein umfangreicher Vorschlagkatalog der Firma Scharf eingegangen sei.

Diese Vorschläge habe man vom MVV prüfen lassen. Einige, sinnvolle Vorschläge, wie z. B. minimale Änderungen im Minutenbereich bei den Fahrplänen, sowie leichte Änderungen im Linienweg, habe man bereits im Verwaltungsweg entschieden. Die Änderungen werde man damit zum Fahrplanwechsel Dezember 2017 berücksichtigen.

#### **4.3. Verwaltung - Zu Anfrage KR Geiger Grundsatzbeschluss für Fahrten mit weniger als 6 Fahrgästen**

**Der Vorsitzende** kommt auf eine Anfrage von KR Geiger zurück, zum Grundsatzbeschluss für Fahrten mit weniger als sechs Fahrgästen.

Er berichtet, dass im Strukturausschuss vom 01.03.2004 ein Beschluss gefasst wurde und verliest im Anschluss den Beschluss:

*„Die Verwaltung wird beauftragt, Buslinien mit bis zu sechs Fahrgästen pro Fahrt auf Einsparmaßnahmen zu untersuchen.“* Er fügt hinzu, dass der Beschluss 11:0, damals einstimmig, gefasst wurde.

Er merkt an, dass der Hintergrund die Diskussion über die Fahrgastzählung 2003 und den Umgang mit wenig genutzten Fahrten gewesen sei. Seitdem werte die Verwaltung bei jeder Fahrgastzählung und bei jeder Ausschreibung, alle Fahrten mit weniger als 6 Fahrgästen aus. Überprüfe diese dann danach, ob sie umlaufbedingt oder aus anderen Gründen notwendig wären und welche Einsparbeträge möglich seien. Bei Bedarf schlage die Verwaltung dem Ausschuss gegebenenfalls den Wegfall der Linie vor.

**Kreisrat Geiger** bittet darum, den genauen Wortlaut des Beschlusses im Protokoll mit aufzunehmen.

#### **4.4. Stellungnahme des Staatlichen Bauamts Freising sowie der Unteren Naturschutzbehörde Erding zu den erfolgten und bevorstehenden Maßnahmen am Naturdenkmal Lindenallee zwischen Wartenberg und Kirchberg**

**Der Vorsitzende** begrüßt die Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) und Herrn Braun vom Straßenbauamt Freising (SBA).

Er verweist auf die eingegangene Petition zum Thema Lindenallee und darauf, dass dieses Thema immer wieder diskutiert werden würde.

Er berichtet, dass im Jahre 2015 eine Anfrage zur Lindenallee von MdL Herrn Dr. Magerl eingegangen sei. Im Anschluss verliest er die auf die Anfrage erfolgte Stellungnahme vom 11.05.2015 von Herrn Falterer (UNB):

*„Selbstverständlich liegt dem Landratsamt Erding sehr viel daran, diese überregional bedeutsame Lindenallee in ihrer landkreisweit einzigartigen Schönheit und herausragenden landschaftsbildprägenden Wirkung sowie nicht zuletzt aufgrund*



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

*ihrer kulturhistorischen und ökologischen Bedeutung soweit irgend möglich zu sichern und zu erhalten.*

*Leider kollidieren hier jedoch der Natur- und Landschaftsschutz immer wieder mit den Erfordernissen der Verkehrssicherheit, die seitens der Staatlichen Straßenbauverwaltung zu gewährleisten ist. Nicht nur Sturmereignisse sondern auch Stand- und Verkehrssicherheitsprobleme erfordern hier immer wieder Eingriffe in den Altbestand.*

*Zur Beseitigung größerer Baumbestandsschäden wurden zuletzt in den Jahren 2004 bis 2007 umfangreichere Baumpflege- und Baumsanierungsarbeiten mit einem Kostenvolumen von 59.500 € durchgeführt.*

*Der Landkreis Erding hat an der ED 2 Grund erworben und dort in einem ersten Schritt schon Heckenpflanzungen vorgenommen, was bereits eine ökologische Aufwertung der Fläche bedeutet. Was den weiteren für Nachpflanzungen notwendigen Grunderwerb betrifft, erklärten sich im Jahre 2007 der Bund Naturschutz und die Gemeinde Kirchberg bereit in Verhandlungen mit den Eigentümern zu treten. Wie weit dies gediehen ist, ist uns nicht bekannt.*

*Ungeachtet dessen können die Grundstückseigentümer jederzeit in eigener Regie Bepflanzungen auf ihren Grundstücken vornehmen, ohne dass dadurch die Verkehrssicherungspflicht betroffen wäre.“*

Abschließend erklärt **der Vorsitzende**, dass man gleich auch Bilder von allen Bäumen sehen könnte, die bereits gefällt wurden und die noch gefällt werden müssen. Er fügt hinzu, dass er sich die Bilder ebenfalls angeschaut hatte und er könne von Seiten des Bauamtes nichts beanstanden. Er merkt an, dass die Maßnahmen auch mit der UNB abgestimmt wurden.

**Kreisrat Gruber** findet es bedauerlich, dass dieses, im öffentlichen Interesse liegende, Thema nicht auf der Tagesordnung stand. Er merkt an, dass dadurch die Bürger/Bürgerinnen keine Möglichkeit haben, sich die Informationen persönlich mit anzuhören.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass man die Kreisräte über dieses Thema informieren wollte, der Kreistag könne dazu keine Entscheidung fällen oder dies diskutieren. Der Vorsitzende fügt hinzu, dass man sich die Bäume auch vor Ort anschauen könnte.

**Herr Dr. Braun** erläutert anhand einer Präsentation (**siehe Anlage**) die Bereiche Verkehrssicherheit, Pflegemaßnahmen und die Rolle des SBA im Ganzen.

**Herr Schwaiger** (SBA Sachgebiet Naturschutz Landschaftsplanung) erläutert den Bereich Baumkontrollen und was dies konkret für die Lindenallee bedeutet hat.

**Herr Dr. Braun** merkt zum Thema Artenschutz Fledermäuse noch an, das leider vom SBA nicht ausreichend kommuniziert wurde, weshalb ein Teil der Bäume im Frühjahr durch einen Kronensicherungsschnitt stark eingekürzt wurden. Der Hintergrund dieser Maßnahme liege im Artenschutz. Diese Bäume konnten nicht gleich gefällt werden, da nicht sicher ausgeschlossen werden konnte, dass sie noch von Fledermäusen genutzt werden.

**Kreisrat Geiger** stellt zu den Ausführungen, (fehlender Entwicklungsraum für Wurzeln) von Herrn Braun die Verständnisfrage, wo sich die Wurzeln der Bäume momentan befänden.



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende** antwortet, dass die Straße damals nur ca. 3 Meter breit gewesen sei und nur mit einer Sandaufschüttung versehen wurde. Die Bäume wurden dann rechts und links davon gepflanzt und die Wurzeln hatten sich damals bereits ausbilden können. Die Straße sei nun aber inzwischen verbreitert worden und gehe bis an die Bäume. Für nachgepflanzte Bäume sei es nun schwierig, die Wurzeln so nah an der Fahrbahn ausbilden zu können.

Er fügt hinzu, dass er mit einigen Grundstückbesitzern Gespräche geführt hätte, diese jedoch keine Bereitschaft gezeigt hätten den Grund abzutreten. Ebenso habe er mit den Bürgermeistern gesprochen und den Bund Naturschutz mit einbezogen. Für Nachpflanzungen, eine gute Entwicklung der Bäume und eine vernünftige Bewirtschaftung der Fläche daneben benötige man im Schnitt ca. 7-8 Meter. Sonst werden die Wurzeln der Bäume gleich wieder beschädigt.

**Herr Dr. Braun** möchte noch zu der Frage der heutigen Standortprobleme zurückkommen. Linden könnten, bei einem guten Standort bis zu 100 Jahre alt werden. Die Lindenbäume an dieser Straße könnten dies jedoch aufgrund des extremen Standortes nicht mehr, z. B. wegen Anfahrtsschäden durch PKW/Landwirtschaft und der Probleme bei der Entwicklung der Wurzeln. Er fügt hinzu, dass viele der Linden deshalb am Ende ihrer biologischen Existenz seien und dies auch die nächsten Jahre weitergehen wird. Abschließend bedankt er sich für die Möglichkeit die Abläufe zu verdeutlichen und um Verständnis für diese Maßnahmen zu werben.

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Dr. Braun für die Erläuterungen zu diesem Thema. Aufgrund der Aktualität in der Berichterstattung sei es wichtig darzustellen, dass nichts Ungesetzliches gemacht wurde und dass die Maßnahmen mit der UNB und sogar der Höheren Naturschutzbehörde Reg OBB abgestimmt wurde. Zudem sei das SBA aus Verkehrssicherungsgründen verpflichtet, entsprechende Schritte einzuleiten.

**Kreisrat Geiger** resümiert Gehörtes, dass das SBA derzeit grundsätzlich keine Nachpflanzungen vornehmen werde, da dies meist nicht sinnvoll sei oder meist kein Grund vorhanden wäre. Er merkt an, dass dabei oft das Wort MEIST vorgekommen sei. Er möchte wissen, was genau das SBA noch benötige, in den Bereichen/Fällen in denen eine Nachpflanzung möglich wäre, z. B. einen Auftrag vom Landkreis. Zudem fragt er, wo die Ersatzbäume nachgepflanzt werden, für die Bäume in denen die Fledermaushöhlen entdeckt wurden.

**Herr Dr. Braun** erklärt, dass es sich hier um eine 6 km lange Strecke handle. Wenn man Nachpflanzungen vornehmen möchte, müsse man sich jeden Baum, die Situation im Detail anschauen. Dies habe das SBA bisher, aufgrund der genannten Fälle, noch nicht anfordert. Er merkt an, dass dieses Konzept nicht vom SBA erstellt werden würde, diese jedoch gerne mitarbeiten könnten. Er fügt hinzu, dass eine Nachpflanzung nicht immer an Ort und Stelle durchgeführt werden müsste, auch dies könne man bei dem Konzept untersuchen.

**Herr Schwaiger** teilt mit, dass die Ersatzpflanzungen für die Fledermausbäume im Bereich der Kreisstraße ED 2 vorgenommen werden sollen.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Der Vorsitzende Bayerstorfer** merkt an, dass ein Konzept nur Sinn mache, wenn ausreichend Grund vorhanden wäre. Eine Einzelfalluntersuchung vorzunehmen, obwohl nicht genügend Grund vorhanden wäre, sei sinnlos. Dann habe man einen Plan, der aber theoretisch nicht umsetzbar wäre.

*Der Vorsitzende übergibt die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Landrat Jakob Schwimmer und bittet ihn, die Sitzung fortzuführen.*

**Kreisrat Schmidt** fragt, ob es nicht denkbar wäre die UNB zu beauftragen, unabhängig von der Lindenallee, ein Konzept für eine „neue Lindenallee“ zu erstellen, z. B. an Kreisstraßen oder auch an neuen Straßen wie z. B. der Nordumfahrung.

**Herr Huber** (*Liegenschaftsmanagement*) antwortet, dass die Grunderwerbsverhältnisse an den Kreisstraßen, aufgrund der erforderlichen Abstände, aktuell keine Nachpflanzungen gestatten. Zur Nordumfahrung erklärt er, dass man bestrebt sei, den Flächenverbrauch so gering wie möglich zu halten, um die Belastungen für die Landwirtschaft zu reduzieren. Er fügt hinzu, dass sich der Erwerb so schon schwierig gestalte.

**Kreisrat Schmidt** findet, dass man überprüfen sollte, ob dies nicht bei bestimmten Abschnitten doch möglich wäre.

Der **Vorsitzende Schwimmer** antwortet, dass man diese Anregung aufnehmen wird und die Verwaltung dies prüfen werde.

**Kreisrätin Bauernfeind** regt an, lieber einen Fahrradweg zu berücksichtigen. Sie selbst wohne an einer Baumallee und halte es nicht für sehr zielführend Bäume direkt an die Straße zu pflanzen. Sie verweist auf die herunterfallenden Äste und Blätter und an die damit auch vorkommenden schmierigen Verkehrswege.

**Der Vorsitzende Schwimmer** findet, dass man der Natur und den bedrohten Arten besser dienen würde, wenn man für diese an einer anderen, guten Stelle, als freiwillige Leistung zum Beispiel eine sehr gute Hecke pflanzen würde. Dann wäre es auch einfacher Ersatzmaßnahmen durchzuführen.

**Kreisrat Gruber** fragt, ob die Präsentation den Mitgliedern zugestellt werden kann.

Der **Vorsitzende J. Schwimmer** bejaht dies. Da keine weitere Wortmeldung erfolgt, beendet er diesen TOP.



#### 4.5. Anfrage KR Schmidt - Landschaftsschutzgebiet Sempt Schwillach, Protokoll letzter Strukturausschuss und Ratsinformationssystem

##### Anfrage KR Schmidt zum LSG Sempt Schwillach/Ottenhofen

**Kreisrat Schmidt** möchte wissen, wann das Thema Landschaftsschutzgebiet Sempt Schwillach/Ottenhofen im Ausschuss weiter behandelt werden wird.

**Frau Klostermann** (*Umwelt und Natur*) antwortet, dass dies für den nächsten Kreistag, Ende Oktober, vorgesehen sei. Sie fügt hinzu, dass zu diesem Themenbereich nichts zurückgestellt wurde, sondern die Gemeinden noch zusätzliche Aufträge erhalten hätten. Diese Aufträge habe man inzwischen abgearbeitet und könne somit das Thema im Kreistag behandeln.

##### Anfrage KR Schmidt zur Erstellung der Protokolle

**Kreisrat Schmidt** findet, dass das Protokoll zu dieser Sitzung, zum Thema LSG Ottenhofen, nicht vollständig wäre. Man habe Beiträge von ihm, KR Geiger und von KRin Eichinger nicht mit aufgenommen, sondern mit dem Satz: „*Es entwickelt sich eine rege Diskussion im Gremium*“ abgehandelt. Vorher habe man aber einige andere Kreisräte zitiert.

**Kreisrat Hofstetter** wirft ein, dass man kein Wortprotokoll führe.

**Frau Fuchs-Weber** (*Büro Landrat*) bestätigt, dass bei den Sitzungen kein Wortprotokoll, sondern ein Verlaufsprotokoll erstellt werde. Sie erklärt, dass gleichartige Beiträge, die sich zum Thema wiederholen, zusammengefasst werden. Natürlich könne man Anregungen auf Vollständigkeit an den Sitzungsdienst melden, sodass die Verwaltung die Aufnahme dann auch nochmal abhören und Ergänzungen vornehmen könnte. Sie fügt hinzu, dass die verfassten Protokolle schon sehr umfangreich seien.

**Kreisrat Hofstetter** regt an, bei vielen Wortmeldungen auf die Ausgewogenheit der Wortmeldungen zu achten.

Der **Vorsitzende Schwimmer** erklärt, dass man den Einwand von KR Schmidt mit ins Protokoll aufnehmen, mit der Zusage, dass zukünftig auf die Ausgewogenheit der Wortmeldungen geachtet werde.

**Kreisrat Schmidt** erklärt sein Einverständnis für diesen Vorschlag.

##### Anfrage KR Schmidt zur Sitzungsplanung, Veröffentlichung der Sitzungstermine im Ratsinformationssystem

**Kreisrat Schmidt** berichtet, dass am kommenden Montag, den 25.09., eine nichtöffentliche Kreisausschusssitzung stattfinden wird. Dies habe er jedoch nicht über das Ratsinformationssystem oder durch einen der zusätzlichen Informationswege erfahren.

Da die Mitglieder des Kreistages auch das Recht haben an solchen Sitzungen teilzunehmen, sei es nötig, darüber auch informiert zu werden.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Frau Fuchs-Weber** berichtet zum Prozedere, dass nur die Mitglieder der jeweiligen Ausschüsse direkt eingeladen werden. Die Kreistagsmitglieder erhielten die zukünftige Sitzungsplanung in Form eines Sitzungskalenders. Zudem versende man an alle Fraktionsvorsitzenden die Sitzungseinladung, die diese Information dann an ihre Fraktionsmitglieder weitergeben könnte. Wenn nun gewünscht werde, dass alle Kreistagsmitglieder über die Sitzungen informiert werden, könne man dies aufnehmen.

**Kreisrat Gruber** merkt an, dass alle Kreisräte ehrenamtlich tätig seien und sich manchmal auch im Urlaub befänden. Er fände es gut, wenn lieber mehr Personen in den Informationsverteiler aufgenommen werden würden.

**Kreisrat Schmidt** findet, dass es reichen würde, wenn diese Sitzungen auch im Ratsinformationssystem zu sehen wären.

**Frau Fuchs-Weber** erklärt, dass dieser Wunsch bisher nicht geäußert wurde. Man werde dies nun prüfen und eine technische Lösung umsetzen.

Der **Vorsitzende Schwimmer** bedankt sich für die Anregung von KR Schmidt und regt ebenfalls an, die Termine von nichtöffentlichen Sitzungen im Ratsinformationssystem sichtbar zu machen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt.

Vorsitzender

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Jakob Schwimmer  
Stellv. Landrat

Angelika Wackler  
Verwaltungsangestellte